Bundesverband der deutschen
Bioethanolwirtschaft e.V.

Biokraftstoffe unverzichtbar für Klimaschutz: Pauschalkritik der Deutschen Umwelthilfe ignoriert Faktenlage

Die kürzlich von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) aufgestellte pauschale Behauptung, Kraftstoffe aus Anbaubiomasse wären klimaschädlicher als fossile Kraftstoffe, widerspricht nach Überzeugung des Bundesverbandes der deutschen Bioethanolwirtschaft (BDBe) wissenschaftlichen Erkenntnissen. Die DUH ignoriert zudem die tragende Rolle der Biokraftstoffe bei der Bereitstellung erneuerbarer Energien im Verkehr und bei der CO_2-Reduktion.

Die von der DUH zur Untermauerung ihrer Thesen zitierte Globiom-Studie aus dem Jahr 2016 zeigt für nahezu alle in der europäischen Bioethanolproduktion eingesetzten zucker- bzw. stärkehaltigen Rohstoffe und für land- und forstwirtschaftliche Abfall- und Reststoffe signifikante Emissionseinsparungen gegenüber fossilem Benzin. Aktuell liegen diese Werte noch deutlich höher: Amtlich festgestellt für das Jahr 2018 beträgt die durchschnittliche Gesamteinsparung von Treibhausgasemissionen des in Deutschland dem Benzin beigemischten Bioethanols mehr als 86 Prozent.

Zertifiziert nachhaltige Biokraftstoffe machten im vergangenen Jahr fast 90 Prozent der erneuerbaren Energie im Verkehr aus, wodurch schon jetzt jährlich mehr als 10 Millionen Tonnen CO_2 eingespart werden. Allein durch Bioethanol in den Benzinsorten Super E10, Super und Super Plus fahren rechnerisch mehr als eine Million Autos emissionsfrei auf deutschen Straßen. Die DUH verkennt auch die Tatsache, dass Bioethanol deutlich partikelärmer als rein fossiles Benzin verbrennt und sich damit positiv auf die Luftqualität gerade in Städten auswirkt. Die seit Jahren geltenden strengen Nachhaltigkeitsvorgaben für in Europa genutzte Biokraftstoffe werden ebenso ignoriert wie die neueste Analyse der EU-Kommission zu den Risiken indirekter Landnutzungsänderungen bei Agrarrohstoffen, welche im Mai 2019 veröffentlicht wurde.

Mit ihren Thesen torpediert die DUH den durch Biokraftstoffe nachweislich erreichten wirksamen Klima- und Umweltschutz im Verkehrssektor. Zudem wird der auf europäischer Ebene mit der überarbeiteten Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED II) gefundene Kompromiss für mehr erneuerbare Energien in Frage gestellt. „Die Einlassungen der DUH sind für eine sinnvolle klimapolitische Debatte ungeeignet und stellen in Frage, ob sie zu einer konsensorientierten gesellschaftlichen Lösung beitragen will“, so Norbert Schindler, Vorsitzender des BDBe. Er erwarte von der Politik daher, den eingeschlagenen Weg für mehr nachhaltigen Klimaschutz im Verkehr, der durch die Regelungen der RED II vorgezeichnet ist, weiter konsequent zu beschreiten.